Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 49 (1969-1970)

Heft: 1: Neutralität : aktiver? : Aktionsmöglichkeiten des neutralen Kleinstaates

Artikel: Moskaus Kampf um den Primat im Ostblock

Autor: Fabius

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-162239

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Eine Bilanz

So kursorisch und unvollständig dieser Überblick ist, lässt er doch einige der Probleme ahnen, denen sich die NATO nach ihren Geburtstagsfeiern gegenübersehen wird. Trotzdem: in all die Skepsis und Sorge um die Zukunft der Allianz mischt sich immerhin einige Zuversicht. Dies deshalb, weil die NATO ungleich dem Warschauer Pakt von allem Anfang an eine erstaunliche Anpassungsfähigkeit bewiesen hat. Sie hat selbst den Rückzug Frankreichs ohne ernsthafte Erschütterung überstanden, während bereits Andeutungen eines ähnlichen Schritts von seiten Ungarns oder der Tschechoslowakei den Warschauer Pakt in schwere Krisen stürzten. Nicht tiefgreifende Reformen, die unwahrscheinlich sind, sondern die Fähigkeit zum ständigen Wandel wird deshalb der Allianz ihre entscheidende Funktion als Element der Friedenssicherung erhalten helfen.

Curt Gasteyger

[1] Vgl. Leonard Beaton. «Kernwaffen-Sperrvertrag und nationale Sicherheit». in: Europa-Archiv 1/1969.

MOSKAUS KAMPF UM DEN PRIMAT IM OSTBLOCK

Die *Desintegrationstendenzen* innerhalb der kommunistischen Staatenwelt haben sich in den letzten Wochen dauernd verschärft. Stärker als seit langem sind die Risse im Gefüge des Ostblockes zutage getreten, im Fernen Osten wie in Europa. Am Ussuri, einem Nebenfluss des Amur, kam es zu kriegsähnlichen Handlungen zwischen sowjetischen und chinesischen Truppen. In Osteuropa ist es Moskau offensichtlich nur mit Mühe gelungen, die Mächte des Warschaupaktes auf einer Konferenz in Budapest auf eine gemeinsame Linie zu bringen. Die zentrifugalen Erscheinungen, mit denen das westliche Bündnissystem sich seit langem auseinanderzusetzen hat, erhalten damit im Osten ein einigermassen ähnliches Gegenbild.

Moskaus Konfrontation mit Peking

Die Hintergründe der dauernden chinesisch-sowjetischen Zwischenfälle am Ussuri sind nicht leicht aufzuhellen. Der Anlass des jäh aufgeflammten Streites, eine winzige Flussinsel, deren territoriale Zugehörigkeit umstritten ist, scheint nichtig. Zu fast gleichen Kontroversen ist es an der Tausende von Kilometern langen Grenze zwischen Russland und China in der Vergangenheit häufig gekommen; man darf zudem vermuten, dass zahlreiche ähnliche Auseinandersetzungen von beiden Seiten im Interesse der höheren Politik bewusst verschwiegen worden sind. Weshalb jetzt plötzlich diese Publizität? Genaues weiss man nicht, man ist auf *Indizien* angewiesen. Immerhin ist es auffallend, dass die Zwischenfälle vor allem von *sowjetischer Seite* hochgespielt wurden. Das ist nicht erstaunlich, befindet sich doch Moskau, das noch immer den *Primat* innerhalb der kommunistischen Weltbewegung beansprucht, sowohl seinen osteuropäischen Satelliten wie den sogenannten «Bruderparteien» des Westens gegenüber in einer prekären Situation. Sowohl in machtpolitischer wie ideologischer Hinsicht wird die Führungsposition der Sowjetunion bestritten. Die Vermutung liegt deshalb nahe, dass es dem Kreml darauf ankommt, seine Verbündeten und seine Anhänger mit dem Gespenst der «gelben Gefahr», deren Schrecken drohend an die Wand gemalt werden, zur Raison zu bringen.

Vertagte Berlinkrise

Ein Terminvergleich drängt weitere Schlussfolgerungen auf. Die ersten Schüsse am Ussuri, die von der Sowjetunion zur Auslösung einer scharfen antichinesischen

Kampagne benützt wurden, fielen am 2. März. Drei Tage später sollte in Westberlin die *Wahl des deutschen Bundespräsidenten* stattfinden, gegen die Russland, zusammen mit seinem Satelliten in Pankow, eine wilde Agitation entfesselt hatte. Es schien von vornherein wenig wahrscheinlich, dass Moskau es um Berlin zu einer schweren Krise kommen lassen würde, die automatisch die Beziehungen mit Washington belastet hätten – in einem Zeitpunkt, da die neue amerikanische Administration den Sowjets die Aussicht auf bilaterale Kontakte eröffnete. Präsident *Nixon* hatte bei seinem Besuch in Westberlin am 27. Februar klar und deutlich die amerikanischen Verpflichtungen in Berlin unterstrichen und gleichzeitig dem Kreml die Aussicht auf zweiseitige Gespräche eröffnet. Nur eine auf Abenteuer erpichte politische Führung in Moskau hätte eine solche Geste ignorieren können.

Die Konfrontation mit China bot Moskau nun offensichtlich ein *Alibi*, um aus der angeheizten Berlin-Kontroverse einigermassen elegant herauszukommen. Der Lärm um Berlin wurde nun durch den Geschützdonner am Ussuri übertönt. Die Wahl des Bundespräsidenten fand in Berlin statt, ohne dass es zu mehr als einigen Schikanen im Strassenverkehr gekommen wäre. Die Berlinkrise war vertagt.

Unbotmässige Satelliten

Ob die Krise überhaupt vorüber ist, kann im Augenblick nur schwer beurteilt werden. Die Sowjetunion hat zweifellos wegen Berlin einen *Prestigeverlust* hinnehmen müssen, der für eine Grossmacht nur schwer zu ertragen ist. Einige Wirkungen zeigten sich schon wenige Tage darauf. Nur mit grosser Mühe gelang es Moskau, seine osteuropäischen Verbündeten auf der Gipfelkonferenz des Warschaupaktes in Prag einigermassen auf eine Linie zu bringen. Schon im Vorfeld der Tagung war es zu Meinungsverschiedenheiten gekommen. Der Konferenztermin musste mehrmals verschoben werden. Schliesslich gingen die Teilnehmer nach nur zwei Stunden wieder auseinander, nachdem ein mehr oder minder *nichtssagendes Communiqué* verabschiedet worden war, das alle Züge eines Kompromisses trägt.

In diesem Communiqué wird die Einberufung einer *europäischen Sicherheits- und Friedenskonferenz* vorgeschlagen. Das Angebot ist nicht neu; schon auf der Bukarester Konferenz von 1966 war ein ähnlicher Vorschlag gemacht worden. Damals trug diese jedoch den Charakter einer offensiven Störaktion, mit der man der von Bonn geplanten neuen Ostpolitik in die Parade fahren wollte. Heute hat der Konferenzvorschlag der Warschaupaktmächte – wenn nicht alles trügt – vor allem *defensiven Charakter*. Chinas Rolle als ideologischer Hauptfeind ist in den Vordergrund getreten; Europa muss deshalb beruhigt und die Spannungen müssen gemildert werden, um der Sowjetunion die notwendige Rückenfreiheit zu verschaffen.

Vor der kommunistischen «Weltkonferenz»

Es kann kaum einen Zweifel darüber geben, dass die *Rivalität mit China* heute in den Überlegungen der sowjetischen Machthaber eine zentrale Position einnimmt. Die Zwischenfälle am Ussuri erfüllen damit eine weitere Funktion, die offensichtlich unvergleichlich wichtiger ist als jene, die ihnen in der Berlinkrise zukamen. Moskau spielt sich als kommunistische Ordnungsmacht auf, als Protektor des kommunistischen «Establishment» wenn man so will, der die Wirrköpfe der «maoistischen Clique» in die Schranken weist.

Der Blick des Kremls richtet sich hier ohne Zweifel auf die geplante kommunistische «Weltkonferenz». Moskau gibt sich alle Mühe, dass diese Konferenz endlich zustande kommt. Mehr als acht Jahre sind vergangen, seit zum letzten Mal dieses «rote Konzil» tagte. Seither ist es zum Bruch zwischen den beiden führenden kommunistischen Staaten gekommen. Unruhe und Unsicherheit innerhalb der kommu-

nistischen Parteien sind in aller Welt gewachsen. Moskau erhofft sich von einem klärenden Wort eine neue *Stärkung seiner Autorität* gegenüber den Gesinnungsgenossen innerhalb und ausserhalb seines militärpolitischen Machtbereiches. Ursprünglich hätte die Konferenz schon im vergangenen November stattfinden sollen; wegen der Ereignisse in der *Tschechoslowakei* war sie auf Mai 1969 vertagt worden; nun soll sie definitiv am *5. Juni* beginnen. An einer weiteren Verschiebung kann der Sowjetunion kaum mehr etwas gelegen sein.

Die Aussichten, die sich für die UdSSR und die KPdSU auf einer solchen umfassenden Weltkonferenz eröffnen, scheinen freilich nicht die besten zu sein. In dem in Budapest veröffentlichten Communiqué der Warschaupaktmächte wird China mit keinem Wort erwähnt. Das ist ein deutliches Anzeichen dafür, dass man sich über das chinesische Problem nicht einig geworden ist. Die Möglichkeit, dass die Kontroversen um den chinesischen Weg des Kommunismus, die heute die Gemüter innerhalb der kommunistischen Weltbewegung beherrschen, auf einer «Weltkonferenz» aufbrechen, ja die Debatten beherrschen und so den Zwiespalt des Weltkommunismus offenbaren, ist so gut wie sicher. Moskau scheint aber überzeugt zu sein, am längeren Hebelarm zu sitzen.

Das amerikanische Raketenabwehrsystem

Während diese Auseinandersetzungen innerhalb des Ostblockes wesentlich von internen Motiven diktiert sind und sich nur indirekt auf den geplanten amerikanisch-sowjetischen Dialog auswirken dürften, hat Präsident Nixon Mitte März einen Entscheid gefällt, der diese zweiseitigen Gespräche massgebend beeinflussen dürfte. Der Präsident entschied sich für den Aufbau eines beschränkten *Raketenabwehrsystems*, das vor allem den Schutz der amerikanischen Abschreckungsmittel vorsieht. Nixon plädiert damit für eine andere Variante, als sie sein Vorgänger vorgeschlagen hatte, dessen «Sentinel»-System vor allem in der Umgebung der amerikanischen Städte errichtet worden sei. Nixon hat in einer Pressekonferenz den defensiven Charakter seines «Safeguard»-Systems betont und die Überzeugung ausgesprochen, dass damit kein Hindernis für die Gespräche mit Moskau errichtet worden sei. Amerika denke so wenig wie Russland daran, auf die Antiraketen-Rakete als Verteidigungsmittel zu verzichten. Diese Erhöhung der Glaubwürdigkeit der amerikanischen Abschreckung bedeute keine Eskalation des Wettrüstens, sondern eine Verteidigungsmassnahme, die Moskau nicht falsch deuten könne.

Fabius

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Parlament mit schlechten Noten

Die eidgenössischen Räte haben in der Märzsession zum Teil sehr schlechte Noten bekommen. Vor allem der Nationalrat musste sich von den Kommentatoren sagen lassen, dass die Besetzung des Saals bei verschiedenen Sitzungen einen selten gesehenen Tiefstand erreicht habe. Nun wäre es gewiss ungerecht, wenn man die Arbeit unserer Parlamentarier allein nach der Präsenz im Ratssaal beurteilen wollte. Die meisten Verhandlungsgegenstände sind den Ratsherren aus Kommissions-, Fraktions- und Parteiversammlungen bereits bis zum Überdruss geläufig, wenn diese endlich zur Entscheidung im Plenum gelangen. Die Fälle, wo die Debatten noch grundlegend neue Gesichtspunkte zutage fördern, sind recht selten. Und doch wird man mit allem Nachdruck betonen müssen, dass die Plenarsitzungen sozusagen die öffentliche Visitenkarte des Parlaments darstellen. Nur dieser Teil der Arbeit vollzieht sich direkt unter den Augen des Volkes. Darum bestimmt er auch weitgehend das Bild, das sich der Bürger von seinem Parlament macht.